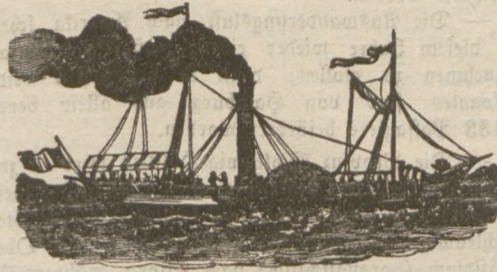


Danziger Dampfboot.

№ 65.

Montag, den 18. März.



1867.

38ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Metemeyer's Centr.-Bzgs.- u. Annonc.-Bureau

In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau,

In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau.

In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris:

Saafenstein & Bogler.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5. wie anwärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Siefige auch pro Monat 10 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

München, Sonnabend 16. März.

In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurden die Petitionen des Arbeitervereins um allgemeines Stimmrecht und direkte geheime Wahlen mit großer Majorität zurückgewiesen. Der Antrag auf Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes wurde vom Hause fast einstimmig angenommen.

Brüssel, Sonnabend 16. März.

Ein Telegramm der „Indépendance“ aus Wien meldet, Frankreich, England und Oesterreich seien übereingekommen, der Pforte den Rath zu ertheilen, Kandia an Griechenland abzutreten. Die bezügliche Erklärung sei bereits erfolgt.

Paris, Sonnabend 16. März.

In dem gesetzgebenden Körper vertheidigt Ollivier, nachdem Garnier Pagès gesprochen, das Nationalitätsprinzip, billigt die Regierungspolitik wegen dessen Anwendung und wünscht Frieden und Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Rußland sei wegen Konstantinopels gefährlich. Man müsse eine Allianz Rußlands und Deutschlands verhindern. Die Majorität der Deputirten beglückwünscht Ollivier.

In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers ergriff der Staatsminister Rouher das Wort zur Beantwortung der Interpellation Thiers. Der Staatsminister äußerte im Wesentlichen: Die Regierung habe in ihrer auswärtigen Politik keineswegs Fehler begangen; Frankreichs Beziehungen zu allen Mächten seien durchaus freundschaftlicher Natur, wie denn zwischen den Mächten das beste Einvernehmen und nirgends feindselige Gestimmungen herrschten. Man habe keinen Grund, irgend welche Unruhe zu hegen. Frankreich sei nur damit beschäftigt, die Entwicklung des nationalen Gedeihens und Wohlstandes zu fördern. — Auf Deutschland übergehend, erklärte der Minister, der ehemalige deutsche Bund sei Frankreich in höherem Grade unbequem gewesen, als das gegenwärtige Deutschland. — Jules Favre, welcher nach Rouher das Wort ergriff und sich namentlich über die gegenwärtige Lage der Dinge in Deutschland aussprach, warf im Laufe seiner Rede die Frage auf, weshalb die Regierung eine gesetzliche Reorganisation der Armee für nothwendig gehalten habe, wenn die politische Situation in der That so sei, wie Herr Rouher ausgeführt habe. — Die Debatte über die Interpellation wird am Montag fortgesetzt werden.

London, Sonnabend 16. März.

Im Oberhause macht Lord Derby die Mittheilung, die Türkei werde die Festung Belgrad räumen und diese eine serbische Garnison erhalten. Die türkische Fahne bleibe. Serbien, das zwar thatsächlich unabhängig sei, werde die Souveränität der Pforte anerkennen. Die Türkei werde unverzüglich die versprochenen Reformen zu Gunsten der Christen ausführen. Das Staatskoncil habe drei christliche Mitglieder, wovon einer Finanzminister und Bankdirektor sei, erhalten.

— Lord Derby theilte in der gestrigen Versammlung seiner Parteigenossen die Grundzüge des Reformplanes mit. In den Burgflecken soll das Stimmrecht vom Hausstande abhängen. Der Grafschafts-Census soll fünfzehn Pfund sein. Doppelvoten sollen in der Stadt und auf dem Lande zulässig sein. Afermiethen haben kein Stimmrecht. Eine starke Opposition der Liberalen, namentlich gegen die Doppelwahlen, wird erwartet.

Petersburg, Sonntag 17. März.

Das neueste „Journal de St. Pétersbourg“ sagt in einer Besprechung der Rede, welche Ollivier am vergangenen Freitag im gesetzgebenden Körper zu Paris gehalten hatte, Folgendes: Unsere Wünsche stimmen durchaus mit denen des Herrn Ollivier überein, denn eine Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland hat für uns nichts Beunruhigendes. Wir wünschen dieselbe aufrichtig und sind überzeugt, daß Niemand in Rußland die guten Beziehungen der beiden Staaten stören will. Wenn Deutschland vielleicht stolz ist auf die Zuverlässigkeit, mit welcher seine Freundschaft von Seiten des französischen Redners nachgesucht wird, so wird dasselbe andererseits ebenfowenig wie Rußland glauben, daß hierdurch seine Beziehungen sich weniger günstig zu einem stets befreundeten und in Zeiten der Gefahr eng verbündeten Reiche gestalten werden.

Belgrad, Sonntag 17. März.

Gestern Abend langte hier ein Courier der türkischen Regierung aus Konstantinopel an, welcher die auf die Räumung Belgrads bezüglichen Depeschen überbringt.

Politische Rundschau.

Wir brachten in den letzten Tagen die Nachricht, daß die Aussicht vorhanden wäre, daß die Beratungen des Reichstags über den Verfassungs-Entwurf noch vor Ostern ihr Ende erreichen würden. In Abgeordneten-Kreisen findet diese Ansicht wenig Glauben. Nimmt man an, daß der Reichstag, um den Fractionen zu den Beratungen Zeit zu lassen, wöchentlich nur 4 Plenar-Sitzungen hält und durchschnittlich in jeder Sitzung 3 Artikel erledigt, so würden zur Verathung der 71 Paragraphen allein 24 Sitzungstage, oder zur Erledigung der Specialdiskussion 6 Wochen erforderlich sein. In diese 6 Wochen hinein fällt nun aber das Osterfest, und da es bisher üblich war, für die größeren Feste eine Ferienpause von circa vierzehn Tagen eintreten zu lassen, so dürfte der Reichstag auch von diesem Usus nicht Abstand nehmen. Rechnet man nun ferner, daß einem jeden Abschnitt, mindestens aber einer jeden Gruppe von Abschnitten, eine Generaldiskussion wieder vorangeht, welche mindestens einen, größtentheils aber wohl zwei Sitzungstage in Anspruch nimmt, so würde das bei einer Anzahl von 7 Gruppen ca. 12 Sitzungstage oder drei Wochen erfordern. Rechnet man nun endlich hinzu, daß nach Schluß der Specialdiskussion die Beschlüsse zusammengestellt und durch den Druck veröffentlicht werden müssen, sowie, daß die gedruckten Beschlüsse drei Tage in den Händen der Mitglieder sein müssen, bevor darüber endgiltig beschlossen werden kann, so wird es einleuchten, wenn man in wohlunterrichteten Kreisen annimmt, daß der früheste Termin für den Schluß der Beratungen des Verfassungs-Entwurfs und den Schluß der Reichstags-Session auf die Mitte Mai, möglicherweise auch auf Ende Mai fallen wird.

Von allen Seiten gehen Amendements zu der bevorstehenden Specialdebatte über den Verfassungs-entwurf des norddeutschen Bundes ein. Es scheint fast nicht möglich, alle die verschiedenen Vorschläge zur Verathung zu stellen, wenn sich die Fractionen des Reichstages zuvor nicht über bestimmte Grundrichtungen vereinigen. Nach einigen Andeutungen scheint sich ein solches combinirtes Vorgehen, allerdings in einer Weise, die man nicht erwartet hatte, vorzubereiten. Seitens der regierungsfreundlichen Fractionen des norddeutschen Parlaments werden

nämlich, so heißt es, jetzt Versuche zur Anbahnung eines gemeinsamen Vorgehens gemacht. Nachdem bereits in letzter Zeit eine Cooperation der freien conservativen Vereinigung, die sich mehr und mehr als die eigentliche Kerntuppe der Regierungspartei entwickelt, mit den „Rein-Conservativen“ durch Conferenzen der beiderseitigen Referenten Statt gefunden hat, ist zwischen beiden Fractionen nunmehr vereinbart worden, die Altliberalen aufzufordern, in diesem Bunde der Dritte zu sein. Der Vorschlag soll von den „Rein-Conservativen“ ausgehen, welche nach den Erklärungen Bismarcks in der Montagsitzung sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen können, daß die preussische Regierung einer Amendirung des Verfassungs-entwurfes nicht widerstreben werde. So werden denn voraussichtlich die altliberalen Männer des Centrums an den parlamentarischen Clubitzungen theilnehmen, welche von Mitgliedern beider conservativen Fractionen abgehalten werden.

Neuerdings ist das Project, die beiden Herzogthümer Koburg und Gotha zu einem politischen Ganzen zu vereinigen, wieder aufgetaucht, und es ist nicht zu verkennen, daß die dormaligen Verhältnisse irgend eine derartige Umgestaltung dieses Staatsorganismus zu verlangen scheinen.

Aus Braunschweig wird auf privatem Wege gemeldet, daß Minister Liebe ziemlich ungnädig entlassen sei, weil er zu sehr im preussischen Interesse drängte. (Na, sollte der Wind schon wieder so stark wehen?)

Die neulich erwähnten Nachrichten aus der Pfalz über die daselbst herrschende mächtige Abneigung gegen die allgemeine Wehrpflicht finden ihre vollständige Bestätigung, denn die Ersatzmannsteller machen dort im Augenblick glänzende Geschäfte. Wer nur irgend 800 fl. zusammenscharren kann, stellt im Voraus seinem Sohne einen Mann, um dem lieben Kinde das Kommisbrot und das Kasernenleben zu ersparen, und damit es nicht aufgehoben sei, sich alsbald in seiner Heimath niederzulassen. — Im Uebrigen schwärmt man in der Pfalz natürlich für ein großes, einiges, mächtiges deutsches Vaterland — nur nicht so dicke 'ran!

Die neulich von Wien signalisirte Annäherung zwischen Frankreich und Oesterreich wird folgendermaßen motivirt: Frankreich habe den Vorschlag, türkische Länder mit Griechenland zu vereinigen, niemals officiell, weder in London noch in Wien gemacht, sondern nur vor einiger Zeit, als die Verhältnisse dergleichen Combinationen gestatteten, dieselben vertraulich in Anregung gebracht. Seitdem habe man sich aber in Paris überzeugt, daß mit der Annäherung an Rußland weder eine größere Sicherung der Pforte, noch eine Trennung Rußlands von Preußen erzielt werde, indem Preußen durch Behauptung der Basalländer Rußland indirect Vorschub zu leisten beflissen war. (!)

Der Abschluß der handelspolitischen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien, ebenso der der österreichischen Verträge mit Holland und Belgien steht noch in diesem Monat zu erwarten.

Der Zustand der Kaiserin Charlotte von Mexico soll sich neuerdings verschlimmert haben.

Aus Paris soll ein Schreiben von Hrn. Benedetti in Berlin eingetroffen sein, welches sich über eine Unterredung verbreitet, die der Genannte mit dem Kaiser Napoleon gehabt und die über eine Stunde gedauert hat. Das Schreiben, heißt es, theile mit, daß der Kaiser sich in der wohlwollendsten Weise über

den Grafen Bismarck sowie über dessen nationale Politik geäußert und seine vollste Sympathie für dieselbe kundgegeben.

Zur Klärung der Situation und zur Beruhigung der durch die in den letzten Tagen entstandenen beunruhigenden Gerüchte aufgeregten Gemüther erklärt die „France“: 1) daß die angeblichen Verhandlungen über Luxemburg nur Phantasiegebilde seien; 2) daß das Einvernehmen zwischen Rußland und England im Principe, und zwar in Ausdrücken vorhanden sei, welche eine Lösung der dahin einschlagenden Fragen als nahe bevorstehend hoffen lassen, und 3) daß Benedetti's Ankunft in Paris nur durch Privat-Angelegenheiten veranlaßt worden sei, und keineswegs durch irgend welche Schwierigkeiten zwischen Preußen und Frankreich; 4) daß überhaupt in der auswärtigen Politik in diesem Augenblicke keine Frage schwebt, welche der diplomatischen Action im Auslande zu schaffen machte oder geeignet wäre, die öffentliche Meinung zu beunruhigen.

Der kleine Moniteur in Paris findet, daß das norddeutsche Parlament seine Arbeiten rüstig fortführt, und daß das preussische Cabinet sich Glück wünschen kann zu dem Geiste, der sich bisher bei den Verhandlungen kundgegeben hat. — Unser Wunsch ist, daß es immer so bleiben möge!

In Irland herrscht allwärts Ruhe, und nur einzelne Verhaftungen werden gemeldet. Die Insurgenten in den Gebirgen sind von Hunger und Kälte hart bedrängt.

Die spanische Presse, die sich aus den bekannten Strangulationsgründen an die Bepfechtung der inneren Politik nicht herantraut, beschäftigt sich vorzugsweise mit den deutschen Angelegenheiten. So wird von der gemäßigten liberalen Presse die Thronrede König Wilhelms zur Eröffnung des Reichstages sehr günstig beurtheilt.

Aus Konstantinopel wird telegraphirt: „Obgleich die Meldungen von Kreta die Gerüchte von dem Elend, in dem sich die Wittwen und Waisen der im Aufstande gefallenen Christen befinden sollen, nicht bestätigen, hat die Pforte doch zwei Kommissarien dorthin gesandt, welche dafür Sorge tragen sollen, daß den Hilflosen geholfen werde.“

— Dem Vernehmen nach werden auch Deputationen aus den neuen Provinzen unseren König zur Geburtstagsfeier beglückwünschen.

— Als Amendement zu dem Verfassungsentwurf sind in der national-liberalen Partei ferner angekündigt: die Feststellung eines Minimums von bürgerlichen und politischen Rechten, eine Verantwortlichkeit der Präsidenten der Bundesausschüsse gegen den Reichstag, die jährliche finanzielle Entlastung der Bundes-Regierung.

— Die polnischen Landtags-Abgeordneten hatten durch den Abgeordneten Waligórski der Regierung eine Petition „um Gebrauch der polnischen Sprache in der Telegraphie im Umfange des preussischen Staates oder doch in den Provinzen Preußen, Schlesiens und Posen“ überreicht. Der Handelsminister Graf Bismarck eröfnete in einem Schreiben an Waligórski, daß die Petition zurückgewiesen werde, da die telegraphischen Einrichtungen und Kräfte nicht ausreichen, Depeschen in polnischer Sprache mit Genauigkeit zu übermitteln.

— Ein Berliner Korrespondent erklärt sich in den Stand gesetzt, einige interessante Mittheilungen zur Geschichte des letzten Krieges zu machen. Er schreibt: „Der Moltke'sche Kriegsplan war ursprünglich ein anderer, als der er nachher geworden ist, und war namentlich keineswegs auf den überaus gefährlichen getheilten Einmarsch nach Böhmen gestellt, den man von vielen Seiten her als einen Fehler getadelt hat. Sein erster Gedanke war, mit dem ganzen ungeheilten Heere durch Sachsen nach Böhmen einzubrechen und durch sofortigen Vormarsch auf Wien das in Mähren concentrirte österreichische Nordheer von einem Einfall nach Schlesiens abzuhalten, so daß mit einem Schlage das Gesetz für den Feldzug dictirt war. Dieser Plan war nicht ausführbar, weil an höchster Stelle mit Bestimmtheit die Absicht erklärt wurde, Sachsen nicht eher anzugreifen, bis es seinerseits einen feindlichen Act gegen Preußen unternommen habe. So blieb nichts Anderes übrig, als das Heer zu theilen und mit dem einen Theil an der sächsischen Grenze so lange stehen zu bleiben, bis von dorthin eine herausfordernde Feindseligkeit erfolgte. Ueber die Gefahren des getheilten Einmarsches, welcher die Spitzen des aus den Gebirgen sich herauswickelnden Heeres des Kronprinzen dem Ueberfalle überlegener Massen bloßstellte, ehe die beiden anderen Heere zur Stelle sein konnten, beruhigte man sich mit dem Gedanken, den namentlich ein Mitglied des Generalstabes zuversichtlich geltend machte, daß das österreichische Nordheer aller Wahrscheinlichkeit nach nicht

in dem Maße schlagfertig und gerüstet sein werde, wie es zur Verthigung einer solchen Lage erforderlich sei. Und diese Rechnung ist denn auch, wie bekannt, völlig zugetroffen.“

— In den alten Provinzen des Staates dürfen Staatsbeamte ohne Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde, die für die Einzelfälle genau bestimmt ist, kein Nebenamt oder eine mit fortlaufender Remuneration verbundene Nebenbeschäftigung übernehmen, auch keinen anderen Erwerbshweig oder ein Nebengeschäft betreiben. Diese Bestimmungen sind auch auf die neu erworbenen Landestheile ausgedehnt und auch den Behörden eingeschärft worden.

— Die Auswanderungslust nach Amerika scheint in diesem Jahre wieder einen großartigen Umfang annehmen zu wollen, denn in den ersten beiden Monaten sind von Hamburg aus allein bereits 1133 Passagiere befördert worden.

— Die Provinz Schleswig-Holstein wird in zwei Regierungsbezirke (Schleswig und Holstein) getheilt. Die Regierung für Schleswig kommt nach der Stadt Schleswig, diejenige für Holstein und das Oberpräsidium (voraussichtlich) nach Altona, während Kiel als Kriegshafen Mittelpunkt der Militärverwaltung wird.

— Während in den bislang im Hannoverischen abgehaltenen Kontrollversammlungen die Landwehrmänner ohne Widerspruch den Eid leisteten, haben gestern auf einer solchen Versammlung in Celle fast alle der Aufforderung zur Eidesleistung nicht Folge geleistet und später die geringe Zahl derer, die geschworen, insultirt.

— Von den 650 Offizieren der ehemaligen hannoverschen Armee sind 424 in preussischen Militärdiensten angestellt worden. Darunter befinden sich 1 Generalmajor, 4 Obersten, 6 Oberlieutenants, 17 Majore, 123 Hauptleute und Rittmeister, 152 Premier- und 121 Seconde-Lieutenants. Nach der Waffe sind dieselben vertheilt auf die Infanterie und Jäger mit 302, Kavallerie 50, Artillerie 58, Ingenieure 11 und Train mit 3. Bei der Garde sind 22 hannoversche Offiziere eingestellt. Nach den vorliegenden Patenten ist das Avancement in dem früheren hannoverschen Offiziercorps ein äußerst ungünstiges gewesen.

— Bekanntlich wurde gleich nach der Occupation Nassau's eine Anzahl von Beamten, gegen welche die öffentliche Meinung am Entschiedensten sich auslehnte, vorläufig ihrer Aemter entbunden. Jetzt ist diese provisorische Maßregel in eine definitive verwandelt worden, indem die betreffenden Beamten mit Pension in Ruhestand versetzt wurden.

— Einer allem Anschein nach nicht ganz unbegründeten Nachricht zufolge gedenkt die preussische Regierung mit den Hazardspielen in den neuen Provinzen doch rascher aufzuräumen, als es ursprünglich beabsichtigt war.

— Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist nach Rostock gereist, um dort der Grundsteinlegung des neuen Universitätsgebäudes beizuwohnen.

— Das mecklenburgische Ministerium hat einen jüdischen Arzt zum Examen zugelassen und ihm Aussicht auf Anstellung als Kreiswundarzt eröffnet. Das wäre der erste Fall, wo in Mecklenburg ein Jude zu einem öffentlichen Amte Zutritt erhielt.

— Die Erfahrungen des letzten Feldzuges haben in Wien zu dem Beschlusse geführt, ein eigenes Eisenbahncorps als Bestandtheil des Geniecorps zu organisiren.

— Mit großer Bestimmtheit wird erzählt, daß man im österreichischen Kriegsministerium ziemlich umfassende Vorbereitungen treffe, um im Falle eines plötzlichen acuten Auftretens der orientalischen Crisis nicht überrascht zu werden. Bis heute sind jedoch die Nachrichten von bereits erfolgter Einberufung der Urlauber noch verkrüppelt.

— Die erste That des ungarischen Finanzministers, nachdem er sich über den Stand der Dinge unterrichtet hatte, bestand darin, daß er nach Wien schrieb, man möge ihm 1,000,000 Fl. schicken, da in den Kassen kein Pfennig vorhanden ist.

— Die Soldaten der belgisch-mexikanischen Legion sind in großem Elend zurückgekehrt; seit dem 20. Jan. waren sie ohne Sold. Der König von Belgien hat ihnen 4000 Francs geschenkt.

— Die Note des Pariser „Moniteur“ über die Unpäßlichkeit des kaiserlichen Prinzen hat Unruhe erregt, und man will wissen, derselbe sei viel kränker, als man nach den Worten des amtlichen Bulletins glauben sollte. Die Pariser Börse war deshalb höchst unruhig und alle Werthpapiere fielen ziemlich bedeutend.

— Die französische Loge „Grand Orient“ hat zu wissen gethan, daß für alle Freimaurer in ihrem Logenhaus zu Paris ein Saal zu Zusammenkünften

während der ganzen Dauer der Ausstellung zur Verfügung stehen wird, daß sie aber außerdem für den 15. Juni die Abhaltung eines allgemeinen Johannistfestes, eine Art internationalen Freimaurer-Kongresses, vorbereitet.

— Die Arbeiter von Paris und London, die seit längerer Zeit unter dem Titel „Europäische Association“ einen großen Verein bilden, sollen übereingekommen sein, den Pariser Bronze- und Gasarbeitern die Summe von 5 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen, um dieselben so in den Stand zu setzen, den Fabrikanten die Spitze zu bieten.

— Die erste Liste der Subscription, die den Arbeitern den Besuch der Ausstellung erleichtern soll, ergiebt eine Summe von 48,100 Fr. Die Arbeiter auf dem Marsfelde hatten auch eine Strike versucht; durch das entschiedene Auftreten der Commission ist jedoch Alles wieder in Ordnung gekommen. Bis jetzt sollen mehr als 5000 Sendungen für die Ausstellung eingegangen sein.

— Die römische Regierung macht großes Aufheben von der unlängst erfolgten Verhaftung des Chirurgen Giungi. Dieser bejahrte Mann von 65 Jahren soll auf das Schwerste politisch compromittirt sein und großartige Umsturzpläne betrieben haben. Außerdem versichert man, daß ein neues Waffen-Depôt entdeckt worden sei, und geberdet sich, als ob man einer furchtbaren Verschwörung auf der Spur wäre.

— Aus Gibraltar wird über großen Sturm gemeldet, der die Küste von Valencia heimgesucht hat. Eine außerordentlich große Menge Fahrzeuge hatte Schaden gelitten, mehrere gingen gänzlich zu Grunde, und schon wußte man mit Bestimmtheit, daß 69 Menschenleben zu beklagen sind.

Mitbürger!

Mit der wiederholten Wahl tritt an uns auch die Verpflichtung heran, recht zahlreich an der Wahlurne zu erscheinen und unsere Stimmen auf einen Mann zu vereinen, dessen uns ausreichend bekannte politische Richtung und Erfahrung, so wie seine geistige Bildung und Stellung zwischen den Partheien uns dafür Gewähr bietet, daß das im Vaterlande, wohl allgemein, verbreitete Streben: Deutschland unter Preußens Spitze zu vereinen, zur Wahrheit werde.

Ein solcher Mann, wie wir es zum Besten ausgesprochen, ist unser Mitbürger

der Herr Justiz-Rath Martens.

Seine Altersjahre haben ihm eine körperliche Rüstigkeit bewahrt, welche ihm mit Leichtigkeit die ihm, als Vertreter von Danzig, auferlegten Strapazen ertragen lassen.

Seine rege geistige Kraft, gereift in ihrer politischen Thätigkeit als Abgeordneter unserer Vaterstadt, im Parlamente und im Abgeordnetenhaus, so wie im steten Studium der politischen Tagesfragen, ist es vorzugsweise, welche ihn fähig macht, unsere Vaterstadt im Reichstage zu vertreten und am Verfassungswerke, welches unter allen Umständen, soll Preußen und Deutschland seiner Ertrungenschaften im vorjährigen Kriege nicht verlustig gehen, zu Stande kommen muß, einflußreich mitzuwirken.

In der Erklärung unseres Candidaten: das Programm des Professor Dr. Olyfen sei das seiner eigenen Richtung, ist die Bürgerschaft gegeben, daß er der freien Entwidlung des Volkes, den Rechten der Volkvertretung und der gefunden nationalen Gesetzgebung nicht allein nicht entgegengetreten, sondern nach allen Richtungen hin förderlich werden werde. Die von ihm in dieser Beziehung abgegebene Erklärung ist, wie Manche es auszubeuten versuchen, nicht eine Schwäche, vielmehr eine Achtung gebietende Charakterfestigkeit, welche im Selbstbewußtsein einer anderen gleichen Denk- und Handlungsweise sich nicht unterzuordnen, wohl aber anzuschließen versteht.

Soll Danzig's Vertreter überhaupt am Verfassungswerke noch wirksam mitarbeiten, so gebietet es uns die Pflicht, einig zu sein und alle unsere Stimmen auf den so bewährten, thatkräftigen und mit großen geistigen Fähigkeiten begabten

Herrn Justiz-Rath Martens

zu vereinen.

Jeder thue seine Schuldigkeit.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 18. März.

— Am Geburtstage Sr. Majestät des Königs wird, wie alljährlich, in der St. Marienkirche ein Militairgottesdienst stattfinden, der diesmal dadurch noch eine besondere Bedeutung gewinnen wird, daß am Altare neue Fahnen feierlich geweiht werden.

